

Gesetzlicher Mindestlohn

Kein Weg aus der Armut

Anders als es die Gewerkschaften immer wieder behaupten, verhindern Mindestlöhne keineswegs Armut. Das macht schon ein flüchtiger Blick ins europäische Ausland deutlich. So leben in Ländern mit Mindestlöhnen teilweise mehr Menschen in Armut als in Ländern ohne diese staatliche Regulierung.

Bundesarbeitsminister Olaf Scholz treibt die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes weiter voran. Es schreibt für bestimmte Branchen tarifliche Mindestlöhne fest. Jetzt soll auch die Zeitarbeitsbranche einbezogen werden. Immer lautet das Argument für Mindestlöhne: Jeder Beschäftigte müsse auch von seiner Hände Arbeit leben können. Es könne nicht Aufgabe des Staates sein, Minieinkommen aufzustocken und so Arbeitgeber zu subventionieren, die keine höheren Löhne zahlen wollen.

Prinzipienreiterei kann man betreiben – doch den Betroffenen tut man damit keinen Gefallen. Der Staat kann zwar Lohnuntergrenzen setzen, aber keinem Arbeitgeber befehlen, zu diesen Löhnen Mitarbeiter zu beschäftigen. Wenn Beschäftigte mehr kosten, als sie erwirtschaften, geht der Arbeitsplatz verloren – und neue Jobs werden nicht angeboten.

Das beschäftigungspolitische Risiko wird von den Mindestlohnbefürwortern

jedoch gerne kleingeredet mit dem Hinweis, im Ausland funktioniere das doch auch bestens. Immerhin hätten 20 von 27 EU-Ländern einen gesetzlichen Mindestlohn. Im Vereinigten Königreich – das immer als Musterbeispiel dienen muss – wäre trotz des im Jahr 1999 eingeführten Lohnminimums der Arbeitsmarkt sogar nahezu geräumt.

Wer genau hinschaut, erkennt aber auch sofort, warum auf der Insel trotz Mindestlohn keine Jobs verloren gehen. Zum einen gibt es Ausnahmeregelungen für Jugendliche – so wird der volle Satz erst mit 22 Jahren fällig. Zum anderen bleiben die Mindestlöhne in fast allen Branchen unter den ohnehin auf dem Markt gezahlten Löhnen:

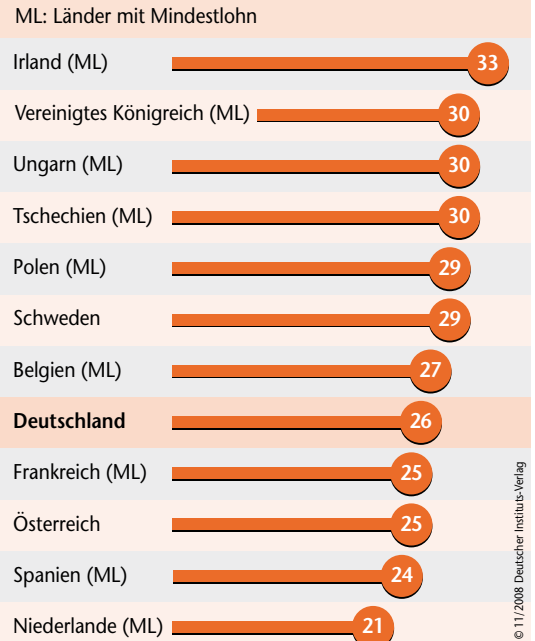
Der Mindestlohn kommt in Großbritannien trotz Erhöhungen von 3,60 auf 5,52 Pfund nicht einmal für 2 Prozent der Erwerbstätigen zum Tragen.

Wenn die Mindestlöhne jedoch deutlich über den Marktlöhnen liegen und der Arbeitsmarkt nicht leergefegt ist, geht der Schuss nach hinten los. Dies illustriert das Beispiel Frankreich. Dort bleiben nicht zuletzt die vielen jungen Migranten vom Arbeitsmarkt ausgesperrt, weil sie ihre Löhne nicht erwirtschaften. In der Folge ist in Frankreich die Jugendarbeitslosigkeit mit 18 Prozent doppelt so hoch wie in Deutschland.

Auch ein weiteres Argument für den Mindestlohn sticht nicht: Er kann Armut eben nicht verhindern. Im Gegenteil: In England, Schottland, Wales und Nordirland gelten immerhin 30 Prozent der Bürger als arm, weil sie ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Pro-Kopf-Einkommens haben. In

Arm trotz Mindestlohn

So viel Prozent der Bürger gelten als arm, weil sie ein Einkommen von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens haben



Quelle: Eurostat

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Deutschland und Österreich dagegen, die auf flächendeckende Mindestlöhne verzichten, sind längst nicht so viele Menschen arm (Grafik).

Und so muss letztlich auch in den Mindestlohnländern der Staat durch Transfers dafür sorgen, dass am Ende mehr Menschen anständig leben können. In England gelten nach Auszahlung von Sozialhilfe etc. noch 19 Prozent der Bürger als arm, in Frankreich 13 Prozent und in den Niederlanden 10 Prozent.

Das deutsche Verfahren, geringe Löhne über Arbeitslosengeld II aufzustocken, hat sich im jetzigen Aufschwung bewährt. Denn auch für Menschen mit geringen Qualifikationen eröffnen sich so Beschäftigungsperspektiven: Fast 90.000 Hilfsarbeiter haben von März 2006 bis März 2007 eine sozial voll abgesicherte Stelle gefunden. Diese Entwicklung wird durch Mindestlöhne gefährdet.

Für Adressaufkleber